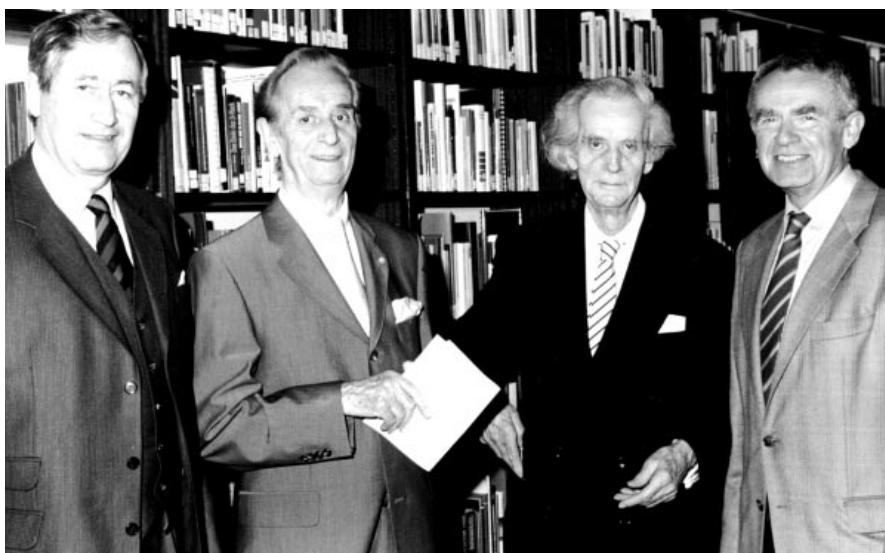


C·A·PANORAMA

des Centrums für angewandte Politikforschung (C·A·P)

Bertelsmann Forschungsgruppe Politik
 Forschungsgruppe Deutschland
 Forschungsgruppe Europa
 Forschungsgruppe Jugend und Europa
 Forschungsgruppe Zukunftsfragen

Einweihungsfeier am C·A·P



Die Stifter des neuen C·A·P-Domizils, Gustav und Karl Reischenbeck (2. und 3. von links), mit Dr. Werner Böhme (l.) vom bayerischen Finanzministerium und dem Kanzler der Ludwig-Maximilians-Universität Dr. Hendrik Rust (r.)

Am 3. Mai 2000 eröffnete der Rektor der Ludwig-Maximilians-Universität, Prof. Andreas Heldrich, das neue Domizil des Centrums für angewandte Politikforschung: die Faber-Villa in der Maria-Theresia-Straße in München-Bogenhausen. C·A·P-Direktor Prof. Dr. Werner Weidenfeld feierte mit rund 40 geladenen Gästen die Eröffnung.



Dr. Böhme beim Eintrag ins Gästebuch, umrahmt von Prof. Weidenfeld (l.) und Dr. Rust

Das C·A·P war im Oktober 1999 umgezogen. Prof. Heldrich erläuterte die Gründe: „Wir haben damit nicht nur stilvolle Räume und optimale Arbeitsbedingungen für das C·A·P geschaffen. Wir konnten auch die Anmietung für das C·A·P-Haus am Ostbahnhof aufgeben und so Kosten sparen.“ Zu verdanken hat das Institut die neuen Räume den Gebrüdern Reischenbeck, die ihre Villa der LMU gestiftet haben.

Die Jugendstilvilla wurde von 1907 bis 1909 erbaut. Auf drei Geschossen bietet sie dem C·A·P rund 1200 Quadratmeter Platz für die rund 60 Wissenschaftler und

Mitarbeiter. Das C·A·P wurde 1995 als Ort praxisorientierter Drittmittelforschung gegründet.

I N H A L T

C·A·Prolog

Finalität der EU 2

C·A·Programm

Neues Sicherheitsmodell für Europa 3

Auf dem Weg zur „Global Governance“ 4

Aufstieg und Fall von Regierungen 5

Finanzausgleich für die WWU 6

Toleranz unterwegs 7

Forderungen an die Regierungskonferenz 8

C·A·Panoptikum

Jugendgipfel für Europa 9

Integration in Amerika 9

Transatlantisches Online-Seminar 10

Ein virtueller Rundgang durch das C·A·P 11

C·A·Personalia

Israelischer Gastprofessor Rechte zukünftiger Generationen 12

Meldungen 13

14

C·A·Publikationen

Neuerscheinungen 15

C·A·Postskriptum

Partizipation von Jugendlichen 16

C·A·Planung 16

Die Finalität der EU...



Josef Janning
stellvertretender Direktor des C·A·P

... rückt näher. Unter den Europa-Experten am Centrum für angewandte Politikforschung sind die Reden von Joschka Fischer und Jacques Chirac wie die britisch-spanische Erklärung oder die Positionen von Wolfgang Schäuble und Alain Juppé aufmerksam verfolgt worden. Politik zitiert nicht, doch es befriedigt zu sehen, dass Überlegungen aus den gemeinsamen Europa-Strategien von Bertelsmann Stiftung und C·A·P ihren Weg in die Politik gefunden haben.

Die Frage, wie die Integration räumlich und inhaltlich zu vollenden ist, lässt sich auch für die Politik nicht länger in eine fernere Zukunft verschieben. Europa ist kein Torso mehr und auch kein zerbrechliches Konstrukt, das gegen jede Kritik und jeden Zweifel immunisiert werden müsste. Im Gegenteil: Eine Zusammenführung der quasi-konstitutionellen Elemente der heutigen Verträge zeigt, dass ein Gutteil der politischen Ordnung eines verfassten Europa schon existiert – es muss nur in die passende Form gebracht werden.

Die Verträge derart lesbar zu machen, zeigt auch, wo weitere Reformen notwendig sind: Im Bereich der Grundrechte, in der Vereinfachung der Entscheidungsverfahren und – nicht zuletzt – in der Präzisierung der Arbeitsteilung zwischen europäischer und nationaler Ebene. Auch hier signalisiert die Rede Fischers eine Wende: Regierung und Opposition in Deutschland wollen eine Abgrenzung der Zuständigkeiten. Europapolitisch heißt dies auch, dass eher integrations-skeptische Mitglieder der EU unter diesen Bedingungen für eine Vertiefung zu gewinnen sein werden.

Ein zweiter Strang unserer Arbeit seit vielen Jahren, die differenzierte Integration, ist in den deutschen und französischen Grundsatzreden ebenfalls aufgegriffen worden. Seit den Verhandlungen von Amsterdam haben sich in der Politik zwei Einsichten durchgesetzt. Zum einen ist klar geworden, dass die von uns als „Dynamik in der Zwangsjacke“ charakterisierte Flexibilität in ihrer jetzigen Form kein handhabbares Instrument der Zukunftsentwicklung ist. Zum anderen ist erkannt, dass sich die verstärkte Zusammenarbeit auf die großen Projekte der Integration konzentrieren sollte: auf die Wirtschafts- und Sozialunion, auf Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit nach innen, auf Friedenswahrung und Verteidigung nach außen.

Die Attraktivität differenzierter Integration muss sich in dieser Dekade anhand konkreter Projekte erweisen – dann werden die dort beteiligten Staaten zum Gravitationszentrum der EU werden, wie Fischer es genannt hat; eine Avantgarde, die nicht vorher schon benannt und festgeschrieben werden muss.

Bertelsmann Stiftung und Bertelsmann Forschungsgruppe Politik des C·A·P haben zu den verschiedenen Aspekten der Finalität Konzepte und Vorschläge vorgelegt. Den Ansatz der differenzierten Integration erläutert das Strategiepapier „Europa vor der Vollendung“. Die Eckpunkte der institutionellen Weiterentwicklung enthält der jetzt erschienene Bericht der Bertelsmann-Europa-Kommission; ausführliche Modellrechnungen zu den verschiedenen Reformoptionen enthält zudem der Band „Demokratie und Interessenausgleich in der Europäischen Union“. Eine Visualisierung des konstitutionellen Gehalts der heutigen EU vermittelt unser Entwurf für einen Grundvertrag der EU. Zur Frage der Vertiefung im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist erst kürzlich der Bericht „Enhancing the European Union as an International Security Actor“ unserer „Venusberg-Gruppe“ erschienen. (siehe dazu nebenstehende Seite). Alle Publikationen sind über das C·A·P unter www.cap.uni-muenchen.de/pub/download.html bzw. über die Bertelsmann Stiftung verfügbar.

Josef Janning

Ein neues Sicherheitsmodell für Europa

Die sicherheitspolitischen Erfahrungen der jüngsten Vergangenheit zeigen allzu deutlich, dass Europa eine eigenständige Sicherheits- und Verteidigungspolitik braucht. Dabei sollte sich die EU künftig auch ohne Unterstützung der Vereinigten Staaten zivilen und militärischen Herausforderungen stellen können. Wie dies erreicht werden kann, zeigt das Strategiepapier „Enhancing the European Union as an International Security Actor“ der „Venusberg Gruppe“, das im Rahmen eines Gemeinschaftsprojekts der Bertelsmann-Stiftung und des C·A·P entstand.

Aufbauend auf einem zweistufigen Entwicklungsplan soll die EU zunächst bis zum Jahr 2015 ihre verteidigungspolitische Kompetenzen derart vertiefen, dass ein Militäreinsatz wie im Kosovokonflikt selbstständig und ohne Rückgriff auf die militärische Hilfe der Vereinigten Staaten durchgeführt werden kann. In einer zweiten Phase sollen dann bis 2030 nationale Entscheidungs- und Kontrollmechanismen von einem gemeinsamen Sicherheitskonzept abgelöst werden.

Ein hierfür entscheidender Schritt ist der zielgerichteten Zuschnitt der europäischen Institutionen. Beispielsweise sollte der Hohe Vertreter für die GASP nicht nur mit einem Vorschlags-, sondern auch mit einem Entscheidungsrecht ausgestattet werden. Der Kommissar für Außenbeziehungen würde zu einem zweiten Herrn GASP aufsteigen. Des weiteren benötigt die EU für den Aufbau einer militärischen Kapazität ein funktionierendes Netzwerk aus Befehls- und Kontrollinstrumenten, basierend auf einer Bestandsaufnahme des verfügbaren Militärpotentials. Eine moderne Kommunikationsinfrastruktur stellt eine notwendige Ergänzung dar. Außerdem werden in dem Papier eine verstärkte Kooperation der nationalen Rüstungsindustrien und bis 2010 die Festlegung der Verteidigungsetats der beteiligten Staaten auf zwei Prozent des Bruttosozialprodukts empfohlen.

Mit Blick auf die NATO wird deutlich, dass sie ihre zentrale strategische Rolle beim Einsatz von US-amerikanischen und europäischen Militärinstrumenten mittelfristig behält. Wenn die EU jedoch eigenständig über ihr Eingreifen in einen Konflikt entscheidet, dann muss sie auch über die erforderlichen Mittel verfügen, um einen Militäreinsatz in vollem Umfang durchführen zu können. Damit würde die Europäische Union, nicht nur im regionalen Rahmen, sondern weltweit zu Sicherheit und Stabilität beitragen und als handlungsfähiger und gestaltender Akteur in der internationalen Politik gestärkt.

Zu bestellen ist das Strategiepapier am C·A·P über Franco Algieri, E-Mail: franco.algieri@lrz.uni-muenchen.de Tel.: 089-490429-118 oder bei der Bertelsmann-Stiftung Tel.: 05241-817265

Europa muss alleine zu militärischen Aktionen in der Lage sein



BERTELSMANN STIFTUNG (HRSG.):
Enhancing the European Union as an International Security Actor
 Verlag Bertelsmann Stiftung,
 Gütersloh 2000, ISBN 3-89204-508-9, 80 Seiten, kostenlos

Die Venusberg-Gruppe

...ist ein international besetzter Kreis von Sicherheitspolitikexperten, den die Bertelsmann Stiftung und das C·A·P im Frühjahr 1999 ins Leben gerufen haben. Ziel der Arbeit ist die Analyse aktueller Fragen der europäischen Sicherheitspolitik und die Entwicklung entsprechender Handlungsoptionen. An den Treffen der Gruppe nehmen Wissenschaftler aus EU-Ländern und den drei neuen NATO-Mitgliedstaaten Ungarn, Tschechien und Polen teil. Darüber hinaus begleiten Vertreter von nationalen Regierungen und NATO die Arbeit der Gruppe. Der Name der Gruppe resultiert aus einem der ersten Treffen auf dem Venusberg bei Bonn, in unmittelbarer Nähe zum Petersberg, dem Ort an dem die WEU 1992 sicherheitspolitische Vereinbarungen festlegte, die heute zu einem zentralen Element der EU-Außen- und Sicherheitspolitik geworden sind.

Auf dem Weg zur „Global Governance“

Von Thomas Veser

Dass die beschleunigte Globalisierung staatliches Handeln entscheidend beeinflusst, haben in jüngerer Zeit Finanzkrisen in Südostasien und Russland verdeutlicht. Ökonomisches Handeln löst sich immer stärker aus den nationalen Grenzen heraus. Der Nationalstaat ist zunehmend damit überfordert, wirkungsvoll Naturschutz zu betreiben, die knapper werdende

Ressource Wasser weltweit gerechter zu verteilen und Sicherheitskonflikte zu entschärfen. Die Bewahrung globaler Güter wird sich nur gemeinsam und staatenübergreifend bewältigen lassen. Damit sind Politik und Gesellschaft gefordert. Denn die dem Markt verpflichtete Wirtschaft kann diese Entwicklungen nicht lenken.

„Global Governance“ – die politisch-administrative Steuerung über staatliche Grenzen hinweg – bildete das Leitmotiv der jüngsten „Decision Makers 2010“-Konferenz. Als weiterer Baustein des Zukunftsnetzwerkes „Wie wir morgen leben wollen“, wurde sie vom C·A·P und der Aventis Foundation unter Leitung von Prof. Dr. Werner Weidenfeld in Hongkong veranstaltet. Teil nahmen 34 Vertreter der wirtschaftlichen und politischen Welt aus Europa, Nordamerika und Asien.

Um eine tragfähige Grundlage für eine Global Governance zu schaffen, muss man sich zunächst auf gemeinsame Werte verständigen. Hier zeichnen sich im Vorfeld Konflikte ab: Misst man in Asien die Politik an ihrem Nutzen für die wirtschaftliche Entwicklung, treten in Europa Aspekte der Partizipation und der Transparenz bei politischen Beschlüssen in den Vordergrund. In Nordamerika wird der Politik nur dann Legitimität zugestanden, wenn sie möglichst viel Freiraum lässt für Eigenverantwortung und Selbstregulierung.

Im nächsten Schritt müssen Nationalstaaten aus freien Stücken einen Teil ihrer Souveränität abtreten, vor allem im Bereich der Umwelt- und Verteidigungspolitik. Das bedeutet, dass sie sich auf Kernfunktionen beschränken. Kein Kontinent darf bei der Zusammensetzung ausgegrenzt bleiben, um zu vermeiden, dass sich die wirtschaftlich Schwächeren erneut in der Rolle des Bittstellers wiederfinden. Gerade im Süden wird die Perspektive, Zukunft gemeinsam zu gestalten, weniger als Chance denn als Risiko begriffen.

Dass die Furcht, von den Industriestaaten erneut bevormundet zu werden, stark ausgeprägt ist, wurde in den drei Workshops klar betont. Die verbreitete Furcht vor Machtverlust versuchen Befürworter der Global Governance durch die Klarstellung zu entkräften, dass nicht etwa der Aufbau einer Weltbürokratie angestrebt werde. Vielmehr müssten vorhandene Organisationen, wie UNO, IWF, OECD oder EU über eine institutionelle Reform mehr Durchsetzungskraft erhalten. Um dem zukünftigen System Legitimität zu verleihen, müssen seine Beschlüsse transparent sein und Wirkung zeigen. Die Zivilgesellschaft muss in die politischen Entscheidungsprozesse eingebunden werden. Diesen Ansatz, wie er im Impulspapier des C·A·P entworfen wurde, darf man als Erfolg versprechend betrachten.

Das Internet kann den Aufbau einer demokratischen Global Governance voranbringen. Im Netz verfügbare Informationen verbessern die Transparenz und erlauben, Wissen zu erwerben. Einer OECD-Studie zufolge befinden sich gegenwärtig annähernd 90 Prozent der Internet-Anschlüsse in OECD-Ländern, wo aber nur etwa 19 Prozent der Weltbevölkerung leben. Dokumentation im Internet: www.aventis-forum.uni-muenchen.de



Werner Weidenfeld mit dem Chef der Verwaltung von Hongkong, Tung Che Hwa



Blick auf die imposante Skyline Hongkongs

Der Autor ist Freier Journalist

Aufstieg und Fall von Regierungen

Herrschaft ist in Demokratien Regieren auf Zeit. Doch gibt es typische Muster des Machterwerbs, spezifische Vorboten des Machtverlusts? Können Zyklen des Regierens konstruiert werden? Wie handeln Regierungen unmittelbar nach ihrer Investitur? Wann ist das Ende einer Amtszeit regierungsintern absehbar?

Diese Fragen diskutierte die Forschungsgruppe Deutschland in vergleichender Perspektive im Rahmen einer Kooperationstagung mit der Hanns-Seidel-Stiftung in Kloster Banz mit Wissenschaftlern, Politikern und Journalisten. Dabei ging es um Beispiele, wie sich Regierungshandeln zu Beginn einer Amtszeit darstellt und in ihrem späteren Verlauf verändert.

Die Strukturbedingungen von Machterosion analysierte Karl-Rudolf Korte (Forschungsgruppe Deutschland). Die Parteimacht schleife sich durch drohende Wahlniederlagen ab, der Kanzler verliere seine Funktion als Wahllokomotive. Steuerungsverluste produzierten einen scheinbar endlosen Politikstau, Vetospieler träten auf und gewannen an Einfluss. Meist seien auch Kommunikationsdefizite und Realitätseinbußen kennzeichnend für die Schlussphase.

Die Anfangszeit einer Landesregierung beleuchtete Staatssekretär Johannes Beermann (Bevollmächtigter Hessens beim Bund). Hierbei unterschied er vier Phasen: den Wahlkampf, die Koalitionsverhandlungen, die Übernahme des Regierungsapparates und die Politikinhalte des ersten Jahres.

„Macht hat ein Verfallsdatum“, war die zentrale Aussage von Michael Mertes (ehemaliger Leiter Planungsstab Kanzleramt). Insgesamt sei in der Bundesrepublik ein 8-Jahres-Rhythmus zu erkennen. Kohl sei es gelungen, durch die deutsche Einheit zwei Lebensphasen einer Regierung aneinander zu reihen. Verschleißerscheinungen seien ausschlaggebend für das Scheitern. Die Regierung verstricke sich in einem Netz bürokratischer Bedenkenträger, sie büße ihr Charisma ein.

Karlheinz Niclauß (Universität Bonn) diskutierte die Frage, inwieweit die Parteien als Kontrollmechanismen der Macht wirken, Gerhard Hirscher (Hanns-Seidel-Stiftung) und Andreas Kießling (Forschungsgruppe Deutschland) befassten sich mit dem „Sonderfall“ CSU, die in Bayern scheinbar unberührt von den sonst üblichen Verfallsprozessen seit Jahrzehnten alleine regiert. Die einmalige politisch-kulturelle Situation wie das ausgeprägte Machterhalts- und Machterneuerungstreben sicherten ihr den Erfolg.

Den internationalen Vergleich stellten für Großbritannien Charlie Jeffery (University of Birmingham), für Frankreich Adolf Kimmel (Universität Trier) und für die USA Clay Clemens (College of William & Mary, Williamsburg) an. Dabei wurde deutlich, dass einige Aspekte des Themas auch systembedingt sind und von Land zu Land variieren.

**Steuerungsverluste
produzieren einen
politischen Reformstau**

**Auch Macht hat
ein Verfallsdatum**

Ein Grundvertrag für die Europäische Union

Seit der Berliner Rede des deutschen Außenministers Joschka Fischer ist eine europaweite Debatte über die künftige Verfassung der Europäischen Union entbrannt. Eine mögliche Lösung zwischen der bisher praktizierten schrittweisen Vertragsrevision und einem vollständig neu zu erarbeitenden Verfassungsentwurf ist die „Zweiteilung der Verträge“. Dabei würden die bereits vorhandenen konstitutionellen Elemente - Grundwerte und -rechte, Aufgabenteilung, Institutionen und Verfahren, Finanzverfassung - in einem Grundvertrag gebündelt. Den Entwurf eines „Europäischen Grundvertrages“ hat nun eine Arbeitsgruppe am C·A·P vorgelegt. Dieser kann unter www.cap.uni-muenchen.de/pub/download.html auf deutsch und englisch abgerufen oder bei Dr. Claus Giering (Fax: 089/490429-29) bestellt werden.



Geschlossenheit und ein Finanzausgleich für die WWU

Die EU braucht eine
politische Vertiefung

Im Vergleich mit den USA zeichnet sich ab, was den Euro beflügeln könnte: Die Europäische Union braucht die politische Vertiefung. Trotz der Heterogenität bilden die US-Bundesstaaten eine politische Einheit und zeigen sich geschlossen, wenn es um nationale Interessen geht. Genau daran aber mangelt es der EU. So sind die EU-Staaten nicht nur über den Fortgang der politischen Integration uneins, auch fehlt dem Euro noch immer eine Telefonnummer. Je nach Sachlage fühlen sich EZB, Kommission und Euro-11 Rat für die Gemeinschaftswährung verantwortlich.

Auch wenn für den großen Sprung in die Politische Union die Ambitionen zunächst nicht ausreichen werden, könnte die Euro-EU als Beispiel differenzierter Integration par excellence sukzessive vertieft werden. Der Blick auf die Theorie des optimalen Währungsraums zeigt die Richtung auf: Wenn Regionen oder Länder unterschiedlicher Entwicklung einen Währungsverbund ohne zentralen Haushalt und Finanzausgleich bilden, dann muss eine hohe Flexibilität der Arbeitsmärkte und/oder eine hohe Mobilität der Arbeitnehmer vorhanden sein, um ungleichmäßige Konjunkturschwankungen zwischen den Regionen auszugleichen. In der Euro-EU ist keine der beiden zuletzt genannten Bedingungen in ausreichendem Maße erfüllt. Folglich bleibt die Option eines modifizierten Ausgleichsmechanismus übrig – sprich stabilisierende Finanztransfers auf ungebundener und nicht permanenter Basis.

Es wird ein neues
System für die
Finanztransfers benötigt

In einer ersten Variante würden sich die Regionen oder Länder durch direkte Mittelzuweisungen gegenseitig unterstützen. Zur Umsetzung könnten beispielsweise die bereits bestehenden Umverteilungsmechanismen der EU – Strukturfondszahlungen, Kohäsionsfonds, direkte Einkommensbeihilfen – zusammen in ein neues Finanztransfersystem weiterentwickelt werden. Die dadurch zur Verfügung stehenden Mittel müssten den betroffenen Ländern ungebunden ausgezahlt werden.

Die zweite Variante plädiert für eine Art „Europäischen Währungsfonds“, der Länder und Regionen im Fall unvorhersehbarer Konjunkturschocks finanziell durch zuvor geleistete Einzahlungen unterstützt. Innerhalb dieses vertikalen Finanzausgleichs müsste die Mittelzuteilung ebenfalls ungebunden, nicht permanent und regelgebunden, sprich erfolgsorientiert erfolgen. Möglich wäre, den Fonds nach erfolgreicher Einführung auf die Länder des EWS II auszudehnen. Derartige Finanztransfers dürften allerdings nur gravierende Unterschiede im Entwicklungsstand ausgleichen. Ein Automatismus von Transferzahlungen wäre abzulehnen. Darüber hinaus sollte die Forderung nach einem neuen europäischen Finanzausgleichssystem auf den Stabilisierungsmechanismus der WWU beschränkt bleiben. Insofern sind beide Vorschläge keine Begründung einer noch größeren europäischen Transferunion.

Die Euro-EU
braucht ein Modell
europäischer Solidarität

Will die EU verhindern, dass zunehmende Unterschiede zu einem Auseinanderbrechen des Währungsraumes führen, muss sie die politische Integration weiter vertiefen, ein Höchstmaß an Mobilität ihrer Bürger realisieren und die sozio-ökonomische Verflechtung ihrer Wirtschaft und Gesellschaft vorantreiben. Angesichts wachsender Divergenzen wird das Instrument wirtschaftspolitischer Abstimmung nicht ausreichen, um die Zentrifugalkräfte an den Rändern und im Innern der Union zu bändigen. Daher erscheint die politische Begleitung der Euro-EU durch ein Modell europäischer Solidarität notwendig. Solange Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten lediglich ad-hoc und zeitlich begrenzt ausgeglichen würden, wäre dies ein wichtiges Instrument gemeinschaftlicher Krisenprävention. Praktizierte Geschlossenheit der WWU-Teilnehmer stärkte zudem den Euro.

Toleranz unterwegs

Das internationale Netzwerk „Erziehung zu Demokratie, Menschenrechten und Toleranz“ hat seine Arbeit mit Tagungen in Kreisau und in New York erfolgreich fort gesetzt. Im Mittelpunkt des Arbeitstreffens im polnischen Kreisau stand das Thema „Sprache als Mittel der Verständigung“. In einem praxis-orientierten Workshop wurden eine Reihe von Übungen zum Umgang mit sprachlicher Vielfalt in der Bildungsarbeit erprobt und didaktisch reflektiert.

Ziel des ersten Bausteins ist eine Sensibilisierung von Multiplikatoren für das Thema Sprache und Ungleichheit in Lehr- und Lernsituationen. Philia Thalgott vom Europarat stellte das Projekt „European Year of Languages“ vor und erörterte Möglichkeiten der Kooperation mit dem Netzwerk. Der Workshop wurde mit einem Vortrag von Dr. Ulrike Wolff-Jontofson (Pädagogische Hochschule Freiburg) zur Theorie und Praxis der Interkulturellen Erziehung in Deutschland angereichert. Krzysztof Stanowski (Foundation for Education for Democracy, Warschau) gab eine Einführung in die polnische Bildungslandschaft mit Blick auf die rechtliche und politische Stellung von Minderheiten in Polen. Witold Lesniak (Pädagogischer Leiter, Kreisau) machte die Gruppe mit der Geschichte des Kreisauer Kreises und dem konservativen Widerstand gegen die Nationalsozialisten vertraut.

In enger Zusammenarbeit mit der Anti-Defamation League (ADL) fand das erste Arbeitstreffen der theorie-orientierten Arbeitsgruppe in New York statt. Thematisch ging es um die Vertiefung und Fortsetzung der schon begonnenen Projekte. Der länder- und organisationsvergleichende Toleranzreport wurde strukturiert und in Kapitel unterteilt. Hierzu gehört auch ein Theoriekapitel zu pädagogischen Dilemmata in der Toleranzerziehung. Die Gruppe entwickelte auch das Design der Netzwerk-Datenbank weiter. Schließlich wurde eine Auswahl an Evaluationsmethoden im Schwerpunkt Toleranzerziehung beschlossen.

Integraler Bestandteil des Programms war ein intensiver Austausch über aktuelle Probleme der Demokratie- und Toleranzerziehung in den USA mit pädagogischen Mitarbeitern der ADL. Der Vortrag von Julie Flapan (ADL) über verschiedene Modelle multikultureller Erziehung in den USA bildete das theoretische Fundament der Diskussionen. Höhepunkte war das Gespräch mit Abraham Foxman, dem nationalen Direktor der Anti-Defamation League.

Im Mai nahmen Viola Georgi und Susanne Ulrich vom C·A·P an der Internationalen Konferenz „Religion and Peace Studies“ des israelischen Netzwerkpartners (ADAM-Institut) in Jerusalem teil. Diese Konferenz hatte sich zum Ziel gesetzt, die drei monotheistischen Religionen – Islam, Judentum und Christentum – auf ihre Beziehung zu Theorie und Praxis von Frieden, Demokratie und Menschenrechten zu untersuchen. Repräsentanten verschiedener NGOs aus zehn Ländern diskutierten eine Woche lang über „Wahlverwandtschaften“ der Weltreligionen. In zahlreichen Vorträgen und Workshops wurden philosophische, historische, kulturelle und politische Zusammenhänge des Verhältnisses von Staat und Religion analysiert und verglichen. Modelle friedlicher Koexistenz, religiöser Toleranz und Vielfalt in einer globalen Welt wurden erörtert. Erziehung zu Demokratie und Toleranz im Umgang mit religiöser Differenz schälte sich als dringliches länderübergreifendes Anliegen heraus. In diesem Rahmen referierte Viola Georgi über die Perspektiven eines religiösen Pluralismus und interreligiöse Erziehung in Deutschland.



Die theorie-orientierte Arbeitsgruppe in New York. Im Hintergrund: Das Verwaltungsgebäude der Vereinten Nationen



Die Teilnehmer der internationalen Konferenz „Religion and Peace Studies“ nach getaner Arbeit in Jerusalem

Forderungen an die Regierungskonferenz

Die Handlungsfähigkeit der erweiterten EU muss gesichert werden



BERTELSMANN EUROPA-KOMMISSION:
(HRSG.):

Europas Vollendung vorbereiten - Forderungen an die Regierungskonferenz 2000
*Verlag Bertelsmann Stiftung,
Gütersloh 2000, 39 Seiten,
kostenlos*

Eine klare Verankerung der Grundrechtscharta ist wichtig

Spätestens seit dem Europäischen Rat von Helsinki ist das große Europa der 28 nicht mehr nur Zukunftsmusik. Dort wurde die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit weiteren sechs Staaten beschlossen und der Türkei der Status eines Beitrittskandidaten gewährt. Mehr denn je muss vor diesem Hintergrund die Handlungsfähigkeit einer erweiterten Europäischen Union gesichert werden. Welche institutionellen Korrekturen müssen bis zum Abschluss der Regierungskonferenz in Nizza im Dezember beschlossen werden, um die Europäische Union fit für die erste Erweiterungsrunde zu machen?

Diese Frage lässt sich dann angemessen beantworten, wenn man sich darüber im klaren ist, wie das künftige Europa gestaltet sein soll. Die Bertelsmann Europa-Kommission, bestehend aus 15 renommierten Rechts- und Politikwissenschaftlern, hat sich daher zum Ziel gesetzt, die Eckpunkte einer Neuordnung des politischen Systems für eine Europäische Union mit 28 oder mehr Mitgliedstaaten aufzuzeigen. Die Ergebnisse liegen nun im Bericht „Europas Vollendung vorbereiten – Forderungen an die Regierungskonferenz 2000“ vor.

Die Erweiterung der Europäischen Union muss nach Meinung der Expertengruppe durch eine Effizienzsteigerung in Verbindung mit einer Stärkung der Legitimation europäischer Entscheidungen vorbereitet werden. Die Regierungskonferenz darf sich daher nicht auf die Abarbeitung der „Left-overs“ von Amsterdam – eine neue Stimmengewichtung im Rat, die Ausweitung der Mehrheitsentscheidungen sowie die Veränderung von Anzahl und Auswahl der Kommissare – beschränken, sondern muss sich darüber hinaus mit der gezielten Weiterentwicklung des politischen Systems der EU auseinandersetzen.

Die Europäische Kommission sollte in der längerfristigen Perspektive zu einer europäischen Regierung, der Rat zur „Staatenkammer“ und das Europäische Parlament zur „Bürgerkammer“ weiterentwickelt werden. So entsteht ein effektives und demokratisches Regierungssystem, das die Bürger verstehen und akzeptieren können. Entscheidend ist auch die „Entfesselung“ der verstärkten Zusammenarbeit.

Die bisherigen Bestimmungen sollten so umgestaltet werden, dass sie in einer EU mit mehr als 20 Mitgliedstaaten tatsächlich ihren Zweck erfüllen kann, nämlich ein Voranschreiten der willigen und fähigen Mitgliedstaaten über den vorhandenen Rechtsbestand hinaus zuzulassen. Zudem sollte die Regierungskonferenz einen Ausblick auf die künftigen Entwicklungsperspektiven der EU geben.

Es muss verdeutlicht werden, in welche Richtung sich der Integrationszug fort bewegen soll. Eine rechtlich verbindliche Verankerung der Grundrechtscharta ist dabei ebenso wichtig, wie der Auftrag, eine klare Arbeitsteilung zu finden und den Wildwuchs der Verträge durch einen knappen und verständlichen Grundvertrag zu beenden.

Nur so kann das Maß an Orientierung geboten werden, das die Union in Zeiten instabiler Zustimmung zur Integration bei den derzeitigen wie künftigen Mitgliedstaaten benötigt. Folge eines Scheiterns aber wäre der Verlust von Effizienz, Legitimation und Akzeptanz. Dies kann nicht im gemeinsamen Interesse der Mitgliedstaaten liegen. Sie müssen deshalb den Mut aufbringen für eine grundlegende Reform der Unionsstrukturen.

Den Bericht kann man auf der Homepage des C·A·P unter <http://www.cap.uni-muenchen.de/pub/download.html> abrufen oder bei Dr. Claus Giering (Fax: 089/490429-29) bestellen.

Jugendgipfel für Europa

Die Forschungsgruppe Jugend und Europa veranstaltete im Auftrag der saarländischen Staatskanzlei am 4./5. Mai einen „Jugendgipfel für Europa“ im Landtag in Saarbrücken. Die Veranstaltung richtete sich an 70 Jugendliche im Alter von 16 bis 20 Jahren. Zwei Tage lang wurde ein Planspiel zur Erweiterung der Europäischen Union durchgeführt. So konnten Jugendliche anschaulich die aktuelle Praxis der EU erfahren.

In dem Planspiel wurden komplexe Planungs-, Verhandlungs- und Entscheidungsprozesse mit den jeweiligen Konfliktlagen möglichst realitätsnah „nachgespielt.“ Die Teilnehmer übernahmen vor dem Hintergrund einer fiktiven Ausgangslage für die Dauer des Jugendgipfels Rollen von politischen Entscheidungsträgern. Sie mussten sich in die jeweiligen sozialen, wirtschaftlichen und politischen Hintergründe der vertretenen Personen und Länder versetzen, Anträge stellen, Parteien vertreten, Sachverhalte diskutieren, Koalitionen schmieden und letztendlich zu Entscheidungen kommen.

Die gründliche Vorbereitung und Organisation sowie die Betreuung der Jugendlichen übernahmen Mitglieder des Juniorteams der Forschungsgruppe Jugend und Europa, die entsprechend methodisch und inhaltlich geschult sind. Das Juniorteam arbeitet mit dem Prinzip der „peer group education“: Jugendliche wurden durch Jugendliche vorbereitet, eingearbeitet und während der ganzen Veranstaltung betreut.

Ablauf und Ergebnisse des Jugendparlaments werden in einer Publikation dokumentiert und können im Herbst 2000 bei der Forschungsgruppe Jugend und Europa bestellt werden. Ansprechpartnerin: Dr. Barbara Tham, Tel.: 089-490429-157, Fax: 089-490429-55, E-Mail: b.tham@lrz.uni-muenchen.de)



Sitzung des Europäischen Rates beim Jugendgipfel in Saarbrücken

Was kann Amerika von Europa lernen?

Dollarisierung, Demokratisierung und Handelsliberalisierung sind drei der derzeit wichtigsten Themen wirtschaftlicher Integration in Nord- und Südamerika. Da Europa bereits Erfahrungen mit dieser Stufe der Integration hat, liegt die Frage nahe, welche Schlüsse die Integrationsdiskussion auf dem amerikanischen Kontinent daraus ziehen kann.

Am 18. Mai veranstaltete das C·A·P einen trilateralen Roundtable mit 23 Integrationsexperten aus Europa, sowie Nord- und Südamerika in Zusammenarbeit mit dem Pacific Council on International Policy in Los Angeles. Die Teilnehmer kamen zu dem Schluss, dass die zur Zeit erfolgreichsten Integrationsinitiativen in den Amerikas, NAFTA und MERCOSUR, nach wie vor strikt intergouvernementalen Charakter besitzen. Für die nähere Zukunft erscheinen sie als supranationale Organisationsformen nach dem Modell Europas unrealistisch.

Auch im Bereich der monetären Zusammenarbeit erscheint die Bildung einer einheitlichen Währung für Lateinamerika sehr unrealistisch im Vergleich zur Einführung des Dollars. Trotz offensichtlicher Vorteile vor allem bei der Bekämpfung der Instabilität der Wechselkurse von lateinamerikanischen Währungen traf Dollarisierung jedoch bei einigen Teilnehmern auf Skepsis. Sie argumentierten, dass die Einführung des Dollars nicht wesentlich und nicht dauerhaft dazu beitragen könne, die makroökonomischen Schwächen der betreffenden Volkswirtschaften zu beseitigen, die die eigentliche Ursache für die Volatilität dieser Währungen seien.

Hinsichtlich einer Stabilisierung von jungen Demokratien in Lateinamerika wird wirtschaftliche Integration nur dann erfolgreich sein, wenn sie einen höheren Lebensstandard mit sich bringt. Dafür bedarf es redistributiver Mechanismen auf überregionaler Ebene, um regionale oder strukturelle Benachteiligungen im Integrationsprozess auszugleichen.

**Einheitliche Währung
für Lateinamerika
ist unrealistisch**

Transatlantisches On-line-Seminar

Der Kosovo-Krieg hat die europäische Politik grundlegend verändert: Die „Europäisierung des Balkans“ und die „Balkanisierung Europas“ halten sich die Waage. Die heutige Debatte über eine eigenständige europäische Sicherheitspolitik wäre ohne die Erfahrung dieses Krieges kaum denkbar gewesen. Somit haben die Folgefragen des Krieges und das heutige Krisenmanagement auch eine deutliche transatlantische Komponente.

Dementsprechend sollte ein Universitätsseminar über Kosovo den Studenten nicht nur die Hintergründe des Konfliktes aus der Geschichte erläutern – sie sollte auch die Staats- und Nationsbildungsprozessen der Region erörtern und die Implikationen für die euro-atlantischen Organisationen vor Augen führen.

Am C·A·P wird im kommenden Wintersemester für LMU-Studenten ein Seminar zum Thema Kosovo stattfinden, das als Internetkonferenz mit Studenten der Fondation Nationale des Sciences Politiques in Paris und mit der Alumni Association der Robert-Bosch-Stiftung in New York verbunden ist. Letztere unterstützt das Projekt auch finanziell. In Paris und in New York werden ebenfalls Studenten vor dem Bildschirm bzw. vor der Leinwand sitzen.

Als namhafte Gastreferenten konnten bereits Tim Judah (The Times, London), Sophia Clement (französisches Verteidigungsministerium, Paris) und Lily Gardner Feldman (Johns Hopkins University, Baltimore) gewonnen werden.

Die Münchner Teilnehmer sehen auf der Leinwand eine Projektion des Computerbildschirms mit dem Referenten und/oder einer Präsentation. Beim anschließenden „Q&A“ sind abwechselnd Referent und Fragesteller in München, Paris oder New York im Bild, wobei ein „chatroom“ auch anderen Interessenten weltweit die Möglichkeit bietet, sich zu beteiligen. Nähere Information zum Seminar gibt es bei Wim van Meurs unter Tel. 490429-198, E-Mail: meurs@lrz.uni-muenchen.de

Studenten aus drei
Ländern virtuell vereint

Distance Learning Techniques

Moderne Kommunikationstechnologien machen es möglich: Studenten in München und im US-Bundesstaat Georgia sitzen gemeinsam im virtuellen Klassenzimmer. Dies ist die Grundidee eines Kooperationsvorhabens zwischen dem C·A·P, dem Geschwister-Scholl-Institut für Politische Wissenschaft der LMU und dem University System of Georgia, einem Verbund von mehr als zwanzig amerikanischen Universitäten und Colleges.

Nach mehreren gemeinsamen Workshops in Atlanta, Georgia, besuchten Dr. Richard Sutton und Dr. Brian Murphy vom European Union Center im Mai 2000 die bayerischen Partner in München, um das geplante, von der EU-Kommission finanzierte „European Union Studies Certificate“ weiter voranzubringen.

Münchner Studenten erhalten durch die internetgestützten Kursangebote nicht nur die Chance, gemeinsam mit amerikanischen Kommilitonen ihre Kenntnisse über die Beziehungen zwischen der EU und den USA interdisziplinär zu vertiefen. Sie können darüber hinaus ihre Fremdsprachenpraxis verbessern und sich in der Anwendung neuer Kommunikationstechnologien üben, die in der modernen, sich immer weiter vernetzenden Arbeitswelt rasant an Bedeutung gewinnen.

München wird damit zum ersten europäischen Partner eines ambitionierten, didaktisch innovativen Projekts, das die Universität der Zukunft ein Stück näher bringt.

„European Union
Studies Certificate“

Ein virtueller Rundgang durch das C·A·P

Wie funktioniert das C·A·P? Welche Ressourcen stehen ihm zur Verfügung? Welche Themen bearbeitet das Centrum? Wie vermittelt es seine Arbeit? Auf der Website des C·A·P können virtuelle Besucher seit kurzem die multimediale „C·A·P-Tour“ abrufen, um Antworten auf diese Fragen zu erhalten. Mehr als 80 Hypertext-Seiten informieren über Struktur, Arbeitsweise und Themen des Centrums für angewandte Politikforschung. Fotos aus der Projektarbeit der Forschungsgruppen sowie Audio- und Videosequenzen ergänzen die Textinformationen.

Auf jeder Seite der Tour kann der Besucher über ausgewählte Hyperlinks vertiefende Informationen innerhalb der Tour, auf der C·A·P-Website oder im Internet finden. Die Idee der Online-Redaktion ist, dem Besucher das Centrum nicht starr zu präsentieren, sondern ihm mit der Tour ein flexibles, auf wesentliche Punkte reduziertes Informationsangebot an die Hand zu geben, das er je nach Zeitbudget oder Interessenlage selbständig auswerten kann. Zudem können in Zukunft die Mitarbeiter des CAP die virtuelle Präsentation nutzen, um bei Veranstaltungen oder Treffen mit Projektpartnern das Centrum im Internet oder auf einem mobilen Computer vorzustellen. Nehmen Sie sich Zeit und surfen Sie bei uns vorbei – Prof. Dr. Weidenfeld wird Sie persönlich begrüßen!

www.cap.uni-muenchen.de/tour



Die Startseite der virtuellen CAP-Tour:
www.cap.uni-muenchen.de/tour

Zukunftszeugen & Nachhaltige Entwicklung

Welche Erwartungen oder Hoffnungen setzen Menschen, die für gesellschaftliche Entscheidungen verantwortlich sind, in die Zukunft? Die Forschungsgruppe Zukunftsfragen erkundigt sich mit der neuen Internet-Rubrik „Zukunftszeugen“ bei Entscheidungsträgern und Meinungsführern nach Trends, Szenarien und Maßnahmen, um nachhaltige Entwicklungen in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik zu ermöglichen. In einem ersten Interview nahm der ehemalige Präsident des Wirtschaftsinstituts Halle, Dr. Manfred Wegner, zu den Konsequenzen einer durch Globalität und Hochtechnologie geprägten Gesellschaftswelt Stellung.

Das Gespräch ist im Internet unter www.aventis-forum.uni-muenchen.de wahlweise als RealAudio-Format oder als Transkription in deutsch und englisch abrufbar.

Außerdem hat die Forschungsgruppe Zukunftsfragen ein neues Internet-Portal zur Nachhaltigen Entwicklung eingerichtet. Ziel ist es, dem Nutzer angesichts des inflationären Gebrauchs des Begriffs und der hierzu im Netz vorhandenen Flut an Informationen eine Orientierung zu geben und die Recherche zu erleichtern. Das Portal gliedert sich in Umweltfragen, wirtschaftliche und soziale Aspekte der Nachhaltigkeitsdebatte. So können sich Interessierte anhand konkreter Problemlagen, wie z.B. der zunehmenden Wasserknappheit, einen Eindruck verschaffen, welche Anforderungen der Grundsatz der Nachhaltigkeit an einzelne Sektoren wie die Industrie, die Landwirtschaft oder den Tourismus stellt. Das Portal enthält neben den zentralen internationalen Abkommen über eine nachhaltige Entwicklung zahlreiche kommentierte Links zu relevanten Einrichtungen und Informationsquellen sowie Empfehlungen für weiterführende Literatur.

Wie die Portale zur Digitalisierung, zur Biotechnologie und zur New Economy der Forschungsgruppe Zukunftsfragen ist das Portal zur Nachhaltigkeit Teil des Projektes „How we want to live tomorrow“, das das C·A·P zusammen mit der Aventis-Stiftung (vormals Hoechst-Stiftung) durchführt. Das Portal zur Nachhaltigkeit findet sich auf der Website der Forschungsgruppe Zukunftsfragen unter:

www.aventis-forum.uni-muenchen.de/sustainability

Internet-Portal soll
Orientierung erleichtern



Pater Eugen Hillengass SJ,(l.), Geschäftsführer von Renovabis, bei Kooperationsgesprächen am C·A·P. Pater Hillengass erörterte mit Prof. Weidenfeld und mit Vertretern der Forschungsgruppe Jugend und Europa die Frage, wie man die Europa-Vermittlung im kirchlichen Bereich umsetzen kann.

Menashri hält zwei Vorlesungen zum Iran

Israelischer Gastprofessor am C·A·P

Im Rahmen des Projekts „Netzwerk Europapolitik an Israelischen Hochschulen“ der Bertelsmann Stiftung und der Bertelsmann Forschungsgruppe Politik wird Professor David Menashri aus Tel Aviv im Wintersemester 2000/2001 als Gast an der Universität München sein. Menashri ist Inhaber des Lehrstuhls für „Middle Eastern and African History“ an der Universität Tel Aviv und Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Moshe Dayan Center for Middle Eastern and African Studies. Der führende Iranexperte wird am Geschwister-Scholl-Institut die Veranstaltungen „Iran between Islam and the West“ und „Iran in the Changing Patterns of Middle East Politics“ halten. Interessenten sind hierzu herzlich eingeladen.

Menashri erhielt zahlreiche Forschungsaufträge und Stipendien der Ford-, Fulbright- und Ben Gurion-Stiftung. Er ist außerdem Vorsitzender des „Executive Committee of the International Sephardic Education Fund“ (ISEF). Menashris Forschungsinteressen liegen unter anderem in der sozialen und politischen Geschichte des modernen Iran und im islamischen Radikalismus.

Gleichzeitig wird Frau Dr. Manuela Glaab, Stellvertretende Leiterin der Forschungsgruppe Deutschland und Mitarbeiterin des Lehrstuhls für Politische Systeme und Europäische Einigung, ein Seminar zum Thema „Foreign Policy of United Germany“ an der Universität Tel Aviv leiten.



Namhafte deutsche und amerikanische Experten haben im Rahmen der Transatlantic Issues Series des C·A·P und der Deutsch-Amerikanischen Fachdialoge des US-Generalkonsulats München Perspektiven Europäischer Sicherheit am Beginn des 21. Jahrhunderts diskutiert. Dabei standen Fragen nach der Europäischen Sicherheitsidentität, nach europäischen Verantwortlichkeiten im internationalen Kontext sowie das geplante Nationale Raketenabwehrsystem der USA im Mittelpunkt der Diskussion. Im Bild von links nach rechts: Prof. Dr. Charles Kupchan (Council on Foreign Relations, New York & Georgetown University, Washington, D.C.), Josef Janning und Dr. Peter Schmidt von der Stiftung Wissenschaft und Politik in Ebenhausen

Europa weiterdenken – Demokratie erneuern

Der Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (SRzG) wurde am 6. Mai die Theodor-Heuss-Medaille verliehen. Die diesjährige Preisverleihung stellte die Theodor-Heuss-Stiftung mit Blick auf die besorgniserregende europapolitische Lage unter das Jahresthema „Europa weiterdenken – Demokratie erneuern.“ In ihrer Laudatio würdigte die Vorsitzende der Theodor-Heuss-Stiftung, Hildegard Hamm-Brücher, das demokratische Engagement verbunden mit einer Verantwortungsethik, die sich nicht allein auf die Interessen der heute lebenden Generationen beschränkt, sondern im Diskurs mit den Alten die Brücke auch zu den potentiellen Bedürfnissen zukünftiger Generationen zu schlagen sucht. „Als eine Initiative junger Erwachsener, die für drängende Fragen verantwortungsbewußte Lösungsvorschläge im Sinne von Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit erarbeitet, nimmt die SRzG eine wichtige Funktion in der modernen Bürgergesellschaft wahr.“

Die Auszeichnung und das Preisgeld in Höhe von 5000 Mark, nahmen der Sprecher des Vorstandes, Jörg Tremmel sowie seine beiden Stellvertreter Holger Friedrich (C·A·P) und Arne Weiss entgegen. Weitere Preisträger sind: Prof. Dr. Wolf Lepenies, der ehemalige rumänische Außenminister Andrei Plesu und die Initiatoren des Europäischen Jugendparlaments.

Dem Kuratorium und dem wissenschaftlichen Beirat der SRzG gehören unter anderen an: Dr. Marion Gräfin Dönhoff, Lord Ralf Dahrendorf, Prof. Dr. Ortwin Renn, Prof. Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker und Prof. Dr. Werner Weidenfeld.



Hildegard Hamm-Brücher (l.) bei der Verleihung der Theodor-Heuss-Medaille



Eine Delegation der Emory University war im Juni zu Besuch am C·A·P, um sich dort über Projektarbeit und Struktur zu informieren. Außerdem wollte die Universität Informationen über die internationalen Aspekte ihrer Arbeit vermitteln, künftige Zusammenarbeitsformen mit Universitäten in Deutschland ausloten und sich nach künftigen Schwerpunkten für Europa-Studien in den USA erkundigen.

Wissenschaftlich ist die Emory University vor allem an der Zukunft des Euro und seinen Auswirkungen auf internationalen Handel und internationale Politik interessiert. Sie forscht weiter zu Formen demokratischer Legitimation und zum Verhältnis zwischen Zentralismus und Regionalismus. Auf dem Bild trägt sich der Präsident der Emory University, William M. Chace, ins Gästebuch des C·A·P ein.



Internationale Politik jetzt auch auf englisch

Seit kurzem gibt es das politische Magazin „Internationale Politik“ der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik auch als sogenannte „Transatlantic Edition“ in englischer Sprache.

Die „Transatlantic Edition“ erscheint quartalsweise und bietet dem Leser den europäischen Blick auf die internationalen Beziehungen.

Zum Inhalt gehören u.a. europäische Dokumente, Buchbesprechungen und ein Überblick über die wichtigsten Artikel aus anderen europäischen Magazinen, die sich mit Außenpolitik befassen.

Vom C·A·P wirken Werner Weidenfeld als Herausgeber und Josef Janning als book editor mit.



Beim seinem Besuch am C·A·P forderte US-Botschafter John Kornblum, dass sich die Europäer intensiver am sicherheitspolitischen „burden-sharing“ beteiligen und sich klar zu den Zielen der transatlantischen Partnerschaft bekennen sollen. Die USA wollen und brauchen einen starken Partner. Ein reines Hinarbeiten auf Erfolge in der europäischen Integration und die Gründung von sicherheitspolitischen Institutionen, ist laut Kornblum kein ausreichender Beitrag zu mehr Sicherheit in einer globalisierten Welt. Unser Bild zeigt Kornblum (Mitte) mit Werner Weidenfeld (l.) und Josef Janning.



Auf der Konferenz „The Club of Three and the Balkans“ diskutierten der Verleger Lord George Weidenfeld, NATO-Generalsekretär George Robertson, der Leiter der deutschen NATO-Vertretung Gebhardt von Moltke und Prof. Weidenfeld (v.l.n.r.) über europäische Strategien für den Balkan. Lord Weidenfeld ist Initiator dieses renommierten britisch-deutsch-französischen Gesprächsforums.

Hans Arnold, deutscher Botschafter a.D. und Publizist, hat der Bibliothek des C·A·P Teile seiner Büchersammlung geschenkt. Das C·A·P dankt Dr. Arnold recht herzlich für diese großzügige Spende.

Eiki Berg, Leiter des politikwissenschaftlichen Institutes der Universität Tartu (Estland), arbeitete vom 8. Juni bis zum 2. Juli als Fellow am C·A·P. Zusammen mit Wim van Meurs arbeitete er an einem Bericht über Minderheiten- und Grenzfragen in Europa.

Hugh Gerard Hamilton jr., neuer Präsident des American Council on Germany, war am 29. Mai zu einem Antrittsbesuch am C·A·P zu Gast.

Josef Janning, stellvertretender Direktor des C·A·P, wurde von Bundesverteidigungsminister Rudolf Scharping in den Beirat der *Bundesakademie für Sicherheit* berufen.

George Ross, Direktor des Center for German and European Studies der Brandeis University, besuchte kürzlich das C·A·P. Das Center und das C·A·P streben eine engere Kooperation an.

Wang Jinbiao, Professor des chinesischen Institutes für Weltentwicklungsforschung ist für drei Monate zu Gast am C·A·P. Wangs Forschungsinteresse gilt dabei der Außenpolitik der Regierung Schröder und der Zukunft der deutsch-chinesischen Beziehungen.

Europa von A bis Z

Ob Agrarpolitik, Euro, Erweiterung oder Kofinanzierung: „Europa von A bis Z“ informiert gezielt und kritisch in der siebten, völlig neu überarbeiteten Auflage über Grundlagen und Herausforderungen der europäischen Integration. Das Buch wendet sich an Leser, die gezielt schnelle, umfassende und präzise Informationen zu zentralen Begriffen und Sachverhalten der Europapolitik suchen. In den Mittelpunkt rückt der Erweiterungsprozess, der die Europäische Union nicht nur mit ihren Stärken und Schwächen konfrontiert, sondern ein Umdenken und Umgestalten einleiten muss. Die Kombination aus schnell abrufbarem Basiswissen, vertieften Analysen und aktuellen Fakten garantiert den Ruf als Standardwerk für Wissenschaft, Politik und Studium in Europa.

Ergänzende Verweise auf weiterführende Literatur, die Gesetzgebung der Europäischen Union und das breite Informationsangebot des Internet machen „Europa von A bis Z“ zu einem unerlässlichen Handwerkszeug in der europapolitischen Arbeit und Diskussion. Das „Europa von A bis Z“ erscheint auch bei der Bundeszentrale für politische Bildung.



WERNER WEIDENFELD/
WOLFGANG WESSELS (HRSG.):
Europa von A bis Z. Taschenbuch der europäischen Integration

Europa Union Verlag, Bonn 2000,
ISBN 3-7713-0585-3, 464 Seiten,
42,80 DM

Darstellungspolitik oder Entscheidungspolitik?

Politisches Handeln in Demokratien wird zunehmend kommunikationsabhängiger. Nicht nur aus analytischer Sicht lässt sich deshalb zwischen medienvermittelter Darstellungspolitik, die dem Gesamtkomplex der symbolischen Politik zuzuordnen ist, und Entscheidungspolitik, die auf die Verfahrensmerkmale der Politik zielt, differenzieren.

Die notwendige Verbindung beider Ebenen ist Kennzeichen des Regierungshandelns. Die Studie beschäftigt sich mit der Ausprägung dieser Politikstile und geht dabei der Frage nach, ob sich die Politikstile sowohl verschiedener Bundesregierungen als auch zwischen parlamentarischem und präsidentiellem Regierungssystem in Zeiten der medialen Inszenierung und Globalisierung zwangsläufig angleichen. Welcher Spielraum verbleibt noch für die eigenständige Entwicklung und Gestaltung eines Politikstils? Was ist dabei system- und was akteursbedingt? Zur Beantwortung dieser Fragen werden die Grundlagen der Regierungspraxis diskutiert. Als Vergleichsebene dienen die historische und die internationale Perspektive. Großbritannien und die USA weiten den Blickwinkel auf Länder mit unterschiedlichen politischen Systemen.



KARL-RUDOLF KORTE/
GERHARD HIRSCHER (HRSG.)
Darstellungspolitik oder Entscheidungspolitik. Über den Wandel von Politikstilen in westlichen Demokratien

Hanns-Seidel-Stiftung, München
2000, ISBN 3-88765-200-6, 220
Seiten, 10 DM

Europa am Wendepunkt

Europäischer Gemeinsinn lässt sich über eine Uniformierung von Politikstilen und kultureller Vielfalt nicht „stiften“. Als politisches Konzept erscheint die Idee der Bürgergesellschaft erfolgversprechender. Ihr demokratischer Impetus zielt darauf, die „Wiedergewinnung des Sozialen aus den Wurzeln der Gesellschaft“ zu fördern. Die Zukunft wird zeigen, inwiefern dieses an der Subsidiarität orientierte Politikmodell durch eine verstärkte Bürger-Partizipation an den sie betreffenden Aufgaben auch den sozialen Zusammenhalt in einem „Europa der Vaterländer“ fördern kann.

Die in dem vorliegenden Arbeitspapier versammelten Beiträge gehen auf eine gemeinsame Tagung der Forschungsgruppe Jugend und Europa und der Evangelischen Akademie Tutzing zurück. Herausforderungen und Probleme werden benannt, die uns in Zukunft als Aufgabe europäischer Integration bevorstehen. Der Tagungsreader wird abgerundet durch einige Projektbeispiele aus der Praxis politischer Jugendbildungsarbeit mit dem Zweck, den Gedanken eines bürgergesellschaftlichen Europas als Bildungsaufgabe konkret zu illustrieren.



THOMAS HENSCHEL/
STEPHAN SCHLEISSING (HRSG.):
Europa am Wendepunkt. Europäische Visionen, Europäische Identität und politische Bildung
München 2000, ISBN 3-933456-12-6, 76 Seiten, 15 DM

28. August – 1. September
Sommer Akademie Europa im Kloster Seoon (Kooperation Bertelsmann Forschungsgruppe Politik und Bertelsmann Stiftung)

22. – 24. September
„Streß- und Konfliktbewältigung“-Seminar im Pädagogischen Landesinstitut Brandenburg (Projektkooperation: Tolerantes Brandenburg)

5. – 6. Oktober
Tagung zum Thema „Direkte Nachbarschaft“ im ukrainischen Lviv (Lemberg) (Kooperation von C·A·P und Bertelsmann-Stiftung)

12. – 13. Oktober
The C·A·P and the Institute for Public Affairs (IVO), Bratislava, will host the next roundtable in the International Change Conference Series in Bratislava, Slovakia. The workshop is entitled „Early Lessons from the Post-Cold War Era: Western Influences on Central Eastern European Transitions“.

19. – 20. Oktober
Im Rahmen der Kooperation des C·A·P mit der Bertelsmann Stiftung findet eine Tagung der Venusberg-Gruppe in Prag statt.

Nur wenn Politik Spaß macht, beteiligen sich die Jugendlichen

Von Eva Feldmann

Die aktuelle Shell-Jugendstudie kommt zu dem Schluss, dass sich junge Menschen, besonders in den neuen Bundesländern, immer weniger für Politik interessieren. Jugendliche sind deshalb aber nicht im allgemeinen politikverdrossen. Vielmehr erlebt die Jugend die Politik als jugendverdrossen. Wissenschaftliche Untersuchungen und zahlreiche Beispiele aus der Praxis belegen, dass die Bereitschaft zu politischem Engagement bei Jugendlichen groß ist, wenn sie konkrete Möglichkeiten erhalten, ihr Lebensumfeld mitzugestalten.

Der Begriff Partizipation bezeichnet im allgemeinen die Beteiligung im öffentlichen Leben. Gemeint sind all jene freiwilligen Handlungen, die darauf ausgerichtet sind, politische Entscheidungsprozesse auf ihren verschiedenen Ebenen zu beeinflussen. Eine der Schlüsselfragen lautet aber: Wer darf partizipieren und wer hat auch tatsächlich die Möglichkeit zur Einflussnahme? Jugendliche befinden sich hier in einem Grenzbereich. Den Minderjährigen unter ihnen ist es nicht gestattet zu wählen. Darüber hinaus fehlt jungen Menschen oft die praktische Möglichkeit, auf anderen Wegen am politischen Geschehen teilzunehmen. Ihre Anliegen werden nicht immer ernst genommen. Oft wird eine politische Beteiligung Jugendlicher auch mit der Begründung abgelehnt, ihnen fehle die politische Reife.

Es gibt aber gute Argumente, die dafür sprechen, die Partizipation von Jugendlichen verstärkt zu fördern, denn Politik von heute betrifft immer auch die nächste Generation. Eine Einbeziehung der Jugendlichen fördert den sehr notwendigen Generationendialog. Per Partizipation wird zudem das Subsidiaritätsprinzip in der Politik verwirklicht. Gerade die Kreativität und das Engagement von Jugendlichen sind eine ernstzunehmende Chance für eine bessere Gesellschaftsgestaltung. Es gibt heute bereits Bereiche – z. B. die neuen Medien –, in denen Jugendliche mit ihrem Wissen und Können den Erwachsenen weit voraus sind. Und schließlich gibt es in Jugendfragen keine besseren Experten als die Jugendlichen selbst.

Bisher gibt es zwar zahlreiche Beispiele der Partizipation von Jugendlichen im lokalen Bereich. Auf der überregionalen, nationalen und oder gar internationalen Ebene findet kaum eine Einbeziehung Jugendlicher in die Politik statt. Partizipationsmodelle für den zwischenstaatlichen Bereich sollten dringend entwickelt werden, um die Reichweite der Beteiligung zu erhöhen. Auf diese Weise könnten übergreifende Partizipationsnetzwerke mit effizienteren Einwirkungsmöglichkeiten geschaffen werden. Diese sollten aber im kommunalen Bereich verankert bleiben.

Um eine wirkungsvolle Einbindung von Jugendlichen in die Politik zu gewährleisten, muss man sich die Frage nach den Qualitätskriterien stellen. Besonders wichtig ist es, die Selbstständigkeit der Jugendlichen zu berücksichtigen, ihnen Kompetenzbereiche zuzugestehen, besonders Mädchen und benachteiligte Jugendlichen Chancengleichheit zu gewähren und institutionelle Sicherheit sowie die Jugendangemessenheit eines jeweiligen Vorhabens zu gewährleisten. Oftmals werden Jugendliche durch feste, traditionelle Strukturen abgeschreckt. Daher darf nicht vergessen werden, dass das Engagement in erster Linie Spaß machen soll und den individuellen Bedürfnissen angepasst sein muss. Gemeinsinn und Stabilität einer Gesellschaft werden durch Partizipation gestärkt. Eine breite politische Beteiligung der Jugend wäre ein bedeutendes Fundament für das demokratische Europa der Zukunft.

Die Verfasserin ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Forschungsgruppe Jugend und Europa am C·A·P

C·A·PANORAMA

erscheint vierteljährlich und wird herausgegeben vom
Centrum für angewandte Politikforschung (C·A·P)
Direktor: Prof. Dr. Dr. h.c. Werner Weidenfeld
Maria-Theresia-Straße 21
81675 München
Tel.: 089/4904290, Fax: 089/490429-29
E-Mail: cap.office@lrz.uni-muenchen.de
www.cap.uni-muenchen.de
Druck: Bartels&Wernitz Offset Druck, Friedenstr. 4,
81671 München
V.i.S.d.P.: Olaf Hillenbrand
Layout und Redaktion: Bernd Oswald
Schlussredaktion: Olaf Hillenbrand, Roman Maruhn, Bernd Oswald